

Mit Schreiben vom 30.03.2014 beantragt die FDP-Fraktion einen Bericht über den aktuellen Sachstand der Förderschulproblematik.

Nach der letzten Ausschusssitzung hat sich ergeben, dass eine Einbeziehung der Bezirksregierung erforderlich ist, da der regionale Abwägungsprozess in einem erheblichen Maße von schulfachlichen und schulorganisatorischen Überlegungen bzw. Entscheidungen abhängig sein wird, die in den Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung Köln fallen.

Der nächste gemeinsame Besprechungstermin des Arbeitskreises „Schulträger Förderschulen“ soll am 30.06.2014 stattfinden, hierzu sind Vertreter der Bezirksregierung eingeladen.